



## Änderungsantrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Rundfunkbeiträge stabil halten - MDR-Staatsvertrag novellieren**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/697**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das Votum der Ministerpräsidenten der Länder, den Beitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zum Jahr 2024 nicht mehr zu erhöhen und stabil zu halten.
2. Der Landtag ist sich bewusst, dass vor dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk neue Herausforderungen stehen. Er fordert die Landesregierung auf, den Landtag über das von ARD, ZDF und Deutschlandradio bis September 2017 vorzulegende Sparkonzept der Rundfunkanstalten zu unterrichten. Darüber hinaus sollen die Landesregierung und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erläutern,
  - welcher finanzielle Bedarf aus neuen Entwicklungen der Medienwelt und aus anderen Gründen in den nächsten Jahren absehbar sind und woraus er im Einzelnen resultiert,
  - welche Reserven konkret erschlossen werden können, um unverzüglich die Effektivität und Sparsamkeit zu erhöhen und so Beitragsstabilität gewährleisten zu können, ohne die Attraktivität der Angebote zu beeinträchtigen.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei den Verhandlungen zwischen den Staatskanzleien der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für eine Novellierung des MDR-Staatsvertrages einzusetzen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag über diese Verhandlungen zu berichten und ihre Hauptziele in Form eines Eckpunktepapiers darzulegen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, in den Verhandlungen insbesondere zu berücksichtigen:

- neue Entwicklungen des Zusammenwirkens und Verschmelzens von Rundfunk- und Internetangeboten, das trimedial ausgerichtete Umbaukonzept des MDR,
- die fortschreitende Digitalisierung der Angebote,
- die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum ZDF-Staatsvertrag bezüglich der Gremienzusammensetzung beim MDR,
- der Ausbau der Barrierefreiheit der Angebote des MDR,
- Sachsen-Anhalt, insbesondere die MDR-Direktion in Halle (Saale), soll als Dreh- und Produktionsstandort für Fernsehfilme und –serien sowie Kinoproduktionen, die vom MDR und der ARD finanziert werden, weiter gestärkt werden,
- die MDR-Direktion in Halle (Saale) soll bei mindestens unveränderter Ausstattung neue zeitgemäße Aufgaben mit maßgeblicher journalistisch-redaktioneller Bedeutung übertragen bekommen (z. B. Jugend, Wissen, Kultur).

## **Begründung**

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll am Ziel der Rundfunkstabilität ausgerichtet werden. Um dies gewährleisten zu können, ist es notwendig Einsparpotenziale herauszuarbeiten. Diese Einsparpotenziale gilt es jedoch nicht erst in den nächsten Jahren zu erschließen, sondern ohne schuldhaftes Zögern. Je eher Ausgaben eingespart werden können, desto realistischer ist es die Beitragsstabilität auf lange Sicht zu gewährleisten.

Die Strategie des MDR, die bisherige Hörfunkdirektion in Halle (Saale) zu einem trimedialen Standort mit neuen Aufgaben umzugestalten ist zu begrüßen. Die Landesregierung soll bei den Staatsvertragsverhandlungen darauf hinwirken, die rechtlichen Rahmenbedingungen für diesen Entwicklungsprozess sicherzustellen. Auch das Landesfunkhaus in Magdeburg muss entsprechende Entwicklungsperspektiven in der digitalen Zukunft haben. Als Auftraggeber für Fernsehproduktionen und Kinoproduktionen haben der MDR und die ARD mit den für die Auftragsvergabe zuständigen Tochtergesellschaften für die Entwicklung des Medienstandorts Sachsen-Anhalt maßgebliche Bedeutung. Die hier ansässigen kleinen und mittleren Produktionsfirmen und technischen Dienstleister haben sich bundesweit und zum Teil international in der Medienbranche einen guten Ruf erworben. Die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass der MDR und die ARD bei der Auftragsvergabe zukünftig stärker angehalten werden, Rundfunkbeitragsmittel in Sachsen-Anhalt zu investieren. Mit einer stärkeren Präsenz des Drehortes Sachsen-Anhalt in den öffentlich-rechtlichen Fernsehproduktionen würde zugleich ein wichtiger Beitrag zur Akzeptanz des Rundfunkbeitrags bei den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern in Sachsen-Anhalt geleistet.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender  
CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN